

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SW. 16
Königsplatz 15 (Redakteur E. Dittmer)
Telefon: Amt Morikplatz 3105/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post
(einschließlich Postgelde) 30 Mt.

Die Angriffe auf den Achtstundentag.

Während sich das deutsche Wirtschaftsleben im Galopp tempo dem Abgrund nähert, der alles zu verschlingen droht, haben die Industriegewaltigen und ihre Pressemameluden zurzeit nur eine Sorge: Sie wollen auch die letzte wirtschaftliche Revolutionserrungenschaft —

den Achtstundentag — unter allen Umständen beseitigt wissen! Anstatt den klar formulierten Forderungen der deutschen Gewerkschaften, die wir in voriger Nummer veröffentlichen, nachzugehen und gleichfalls einem demnächstigen Zuspruch der Regierung das Wort zu lassen, tut man so, als ob die Wiedergelung unserer Volkswirtschaft einzig und allein Arbeitszeitproblem wäre, das bei Wiedergelung einer verlängerten Arbeitszeit gelöst werden könnte.

Weiter haben sich auch unter den sozialdemokratischen Vieldreibern einige „Kronzeugen“ (wie Vorhardt, Kaliski usw.), die ebenfalls in ganz unvernünftiger Weise und ohne den ernsthaften Versuch einer gründlicheren Beweisführung die Beseitigung aufgestellt haben, daß nur die Mitarbeit der anderen (der Arbeiter nämlich!) uns retten könne.

Vor kurzem hat schon Dr. Striemer im „Vorwärts“ mit Recht ausführlich darauf hingewiesen, daß die unrationelle Einengung der Arbeit besonders in kaufmännisch-bürokratischer Beziehung einerseits, aber auch in technisch-wirtschaftlicher Beziehung andererseits Milliardenersparnisse bringen würde. Es muß aber auch immer

darauf hingewiesen werden, daß die jetzige Monopolwirtschaft zahlreicher Großkonzerne einen so rücksichtslosen Preiserlöser für gewisse Rohprodukte und Massenartikel wälzen läßt, daß hier wiederum Milliardenwerte in die Taschen einzelner verschwinden auf Kosten des gemeinen Gläubigers! „Stinnes“ ist jetzt nicht nur ein Name, sondern ein Programm! Und wir sehen die wachsende Konzentration nicht nur in den Industrien, sondern auch in der Gesinnung! Als Schultyp wollen wir nur den famosen „Revolutionsprofessor“ Dr. Paul Lenk nennen, der als ehemaliger Sozialdemokrat die Stirn hatte, gegen die deutsch-volksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zu redigieren und der auch als einer der ersten in dem Stinnesorgan gegen den Achtstundentag wetterte. Daß der ehemalige Pastor und Parteigenosse Max Mauren-berger ebenfalls diese üble Rolle bei den Deutschnationalen

spielt, ist zwar den meisten unserer Leser bekannt, es soll aber in diesem Zusammenhang deswegen daran erinnert werden, weil diese üblen Zeitgenossen (der ehemalige Buchbinder-vorsitzende Klotz, jetzige volksparteiliche Sekretär, zählt auch dazu) tatsächlich das neue Programm des deutschen Bürgertums gewaltig beeinflussen! Denn auch das „demokratische“ „Berliner Tageblatt“ bringt neben den beinahe schon hysterisch anmutenden Schreien des Herrn Dr. Paul Michaelis gleichfalls andauernd Artikel von bekannten „Größen“, die immer wieder denselben Refrain gegen den Achtstundentag auf die armen Leser loslassen, während eine eindringliche und objektive Würdigung unserer Wirtschaftslage allenfalls — im Börsen- und Wirtschaftsteil dieser Zeitung zu finden ist. Wenn wir noch die „Frankfurter Zeitung“ rühmend ausnehmen, finden wir so ziemlich im gesamten bürgerlichen Blätterwald nur eine Stimme der Unvernunft: die Arbeiterklasse soll alle Schäden dieser Zeit allein auf sich nehmen, damit man weiter ungehindert in Saus und Braus genießen kann!

Rentenempfänger!

Dollar neuntausend — —
Not riesengroß . .
Du Mutter Erde
Deffnest den Schoß
Für alle —
Die nach langem Darben
Hungers starben! —
Invaliden, welche Pein —
Wanken dem Totenschrein
Jermartert entgegen . .
Des Himmels Segen
Ist ihnen gewiß.
Tausend im Monat
Zum Leben — — ich bitte . .
Werd . . . e Sippschaft
Noch sind wir nicht quitt . .
Ihr Schieber!
Aus dumpfen Häusern
Trägt man sie fort . .
(Zwei Träger genügen)
Als an den Ort,
Wo Frieden.
Sie sind ja so leicht,
Die dünnen Gestalten,
Denn nur die Haut
Hat die Knochen gehalten!
Dollar neuntausend! —
Not riesengroß . .
Bald liegen Millionen
Im Erdschoß! . . m. Sonn.

Gewiß verkennen wir nicht, daß auch weite Teile des Kleinbürgertums, Sozialrentner usw. fast noch schwerer getroffen werden als die Arbeiterschaft, weil jene keinerlei gewerkschaftliche Organisation besitzen, und wir wenigstens diese Abwehrwaffe noch einigermaßen intakt halten. Aber die Millionenschichten der schwer arbeitenden Industrie sind doch letzten Endes das Volk und sie werden in doppelter Beziehung gepeinigt: nicht nur als erbärmlich bezahlte Produzenten, die den Friedenslohn nicht entfernt erreichen (vom Existenzminimum schon gar nicht zu reden), sondern auch als Konsumenten, die aufs schwerste vom Handel und Bucher ausgebeutet werden. Der Lebensstandard der Millionen sinkt von Woche zu Woche, und die Herren Großaktionäre und Industriegewaltigen wissen kaum noch, wohin sie ihre Riesenprofite verstecken sollen, daß keine Steuerbehörde sie erwischt. Freilich, auch da blieb ein Loch offen trotz der neuen Devisenordnung: Man hat ja hinreichend Beziehungen zum Ausland, und es fällt nicht gar so schwer, sich ein Dollarkonto anzulegen.

Daß nun auch noch Hugo Stinnes selber im Reichswirtschaftsrat als „Führer“ ausgerechnet am 9. November 1922 (wo war der Mann am gleichen Tage 1918?) für die „restlose Beseitigung des Achtstundentages und Rückkehr zur zehnstündigen Arbeitszeit“ auffordert, vervollständigt nur das Bild des wachsenden Uebermuts der groß-

kapitalistischen Klasse, die sich nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Politik und im öffentlichen Leben zu verhalten weiß, wie ein Herrscher über ein Volk.

Kapitalistischen Kapitalmagnaten. Es fehlen nur noch die Pinkertons (die schließlich in den bayerischen Nationalsozialisten auch schon bereitstehen!), und Amerika ist fertig! Gräßliches Elend und Sorge um des Leibes Notdurft bei allen Schwerschaffenden — und prassender Ueberfluß und unverantwortlicher Uebermut bei den Besitzern der Produktionsmittel. Wahrlich, es ist eine Lust zu leben — für die Herren Großkapitalisten!

Und wenn in der „Deutschen Tageszeitung“ im lokalen Teil (als Köder für die deutschnationale Gefolgschaft — der kleinen Leute!) auf den Wucher mit Rohstoffen des eigenen Landes geschimpft wird, so soll man bei seinen prominenten Parteigenossen doch einwirken, denn hier sitzt das Gros der Schieber und Wucherer! Oder sind die horrenden Kartoffel- und Kornpreise irgendwie zu rechtfertigen?

Aber nicht genug damit. Herr Stinnes hat sogar die Stirn gehabt, vor den ausländischen Finanzfachverständigen seine arbeiterfeindlichen Tiraden loszulassen, was der „Vorwärts“ mit Recht als Landesverrat bezeichnet, in einer Zeit, da die Reparationskommission sozusagen auf der Lauer liegt und Herr Poincaré große Töne im französischen Parlament losläßt.

Dabei haben gerade die Darlegungen der ausländischen Sachverständigen wie auch die Beweisführung der Regierung (die wir an anderer Stelle veröffentlichen) klar bewiesen, daß die Arbeiterschaft Deutschlands geradezu sieberhaft tätig ist

und zum Teil die Leistungsfähigkeit der Vorkriegszeit überholt hat, und dies bei fortdauernder Unterernährung der wachsenden Sorge um hinreichende Nahrung, Kleinwohnung, Wärme.

Daß neben der „großzügigen“ Stinnespresse auch kleinen Kläffern in der Provinz im Chorus nicht fehlen beweist u. a. der „Hannoversche Kurier“ vom 1. November 1922. Er hat eine Umfrage an die „niederländische Industrie“ erlassen, ob Mehrarbeit und Mehrschichtarbeit sei.

Wir können leider nicht das ganze Opus hier zum Geben; es läßt sich aber ohne jede Uebertreibung ein dahin zusammenfassen, daß die Antworten durchweg als Reizung zum Klassenhaß wirken müssen!

Wir werden diese Behauptung durch einige Zitate in nächster Nummer der „Gewerkschaft“ unter Beweis stellen und möchten für heute unsere Mahnung dringender denn an alle unsere Kollegen richten: Seid einig! Der Feind ist vor den Toren! Nicht durch gegenseitige Beschimpfung können wir den schweren Kampf gewinnen, der uns bevorsteht, sondern nur durch unser geschlossenes Auftreten und den festen Willen, unter allen Umständen einheitlich an den Aktionen der Gesamtarbeiterschaft teilzunehmen, wenn uns der verhärtete Abwehrkampf aufgenötigt wird.

Die Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe Berlins.

In der gesamten bürgerlichen Presse wird es fortgesetzt so dargestellt, als ob die städtischen Unternehmungen am Rande des Ruins ständen und die einzige Rettung in der schnellsten Durchführung der Entkommunalisierung zu erblicken sei. Auch das berühmte Gutachten über die Wirtschaftlichkeit der städtischen Betriebe sieht keinen anderen Ausweg als den, die Betriebe der privaten Industrie zu übergeben, wobei bemerkt werden muß, daß dieses Gutachten sich auf die Lage der Unternehmungen stützt, wie sie sich vor etwa dreiwertel bis ein Jahr darstellte. Wie sieht es nun in Wirklichkeit um die Wirtschaftsbetriebe der Stadt aus? Eigentlich wäre es Pflicht des Magistrats, der Öffentlichkeit über die wahre Situation reinen Wein einzuschütten. In nachstehendem soll die Wirtschaftslage der vier hauptsächlichsten Wirtschaftsunternehmungen kurz dargestellt werden.

Es sind dies die Gaswerke, Elektrizitätswerke, die Straßenbahn und die städtischen Güter. Vorweg sei bemerkt, daß alle diese Unternehmungen heute noch mit dem Grundkapital arbeiten, das ihnen im Jahre 1914 zur Verfügung stand.

In den Jahren des Friedens war es üblich, daß Jahr für Jahr bedeutende Kapitalaufnahmen für die Wirtschaftsbetriebe erfolgten zum Zweck der Erneuerung der Betriebe. Die für diese Betriebe aufgenommenen Kapitalien wurden nach bestimmten Grundsätzen amortisiert. Die Abschreibungen mögen des öfteren nicht ganz nach kaufmännischen Grundsätzen erfolgt sein, doch steht unzweifelhaft fest, daß der wirkliche Wert der gesamten Wirtschaftsbetriebe in Goldwert berechnet die Beträge übersteigt, mit denen diese Betriebe zu Buch stehen. Nach den der Öffentlichkeit unterbreiteten Berichten stehen die Straßenbahnen mit 150 Millionen, die Elektrizitätswerke mit 175 Millionen, die Gaswerke mit 250 Millionen, die Güter mit etwa 108 Millionen mit sämtlichen Gebäuden, totem und lebendem Inventar, mit etwa 87 Millionen Mark zu Buch; wobei zu berücksichtigen ist, daß sich hierunter wertvolle Wälder befinden und ein erheblicher Teil der Ländereien optiert sind, d. h. zu Rieselzwecken bereit ist und auf Grund dessen Ernten zeitigt, die etwa 25—30 Proz. über den Ernten nicht optierten Landes stehen. Wenn man berücksichtigt, daß bei Güterverkäufen gegenwärtig für Röhren minderer Qualität 30.000 bis 40.000 Mk. pro Morgen gezahlt werden, so kann man den wirklichen Wert des landwirtschaftlichen Grundbesitzes der Stadt Berlin ermaßen.

Die Gaswerke in ihrer Gesamtheit und auch die Elektrizitätswerke haben in den letzten Jahren zweifelsohne schwierige finanzielle Situationen zu überstehen gehabt. Während des Krieges und nach dem Kriege war die Zuführung finanzieller Mittel längst unmöglich. Hat die Stadt Berlin doch während des Krieges neben den ungeheuren Ausgaben für Zwecke des Krieges auch erhebliche

Beträge für Kriegaufgaben aufgebracht. Hunderte von Millionen Mark Forderungen an den Staat stehen heute noch aus. Die Jahre nach der Revolution haben die außergewöhnlichen Ausgaben nicht verringert, sondern noch vermehrt. Die städtischen Wirtschaftsbetriebe waren also auf sich selbst gestellt und mußten recht und links mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Die infolge der Wirtschaft allenthalben vernachlässigten Betriebe mußten nicht stand gesetzt werden; Erneuerungen großen Umfangs aus laien Mitteln bestritten werden; während die Industrie und der Handel entsprechend den gesteigerten Anforderungen, sei es infolge der Entwertung, sei es zur Durchführung rationaler Bewirtschaftung durchweg ganz erhebliche Aufnahmen von Kapital vorgezogen haben, so haben die Industrieunternehmungen das Aktienkapital durchweg vervier- und verfünffacht. Nebenbei sind bei zahlreichen Unternehmungen noch größere Beträge im Wege der Obligationen aufgenommen worden. Da die Aktien besonders in der letzten Zeit nicht zum Vorwurfe, sondern sehr oft mit erheblichem Aufschub gegeben wurden, so flossen den Unternehmungen auch ganz erhebliche Kapitalien zu. All dieses war der Stadt Berlin möglich gemacht, weil die privaten Finanzinstitute der Stadt ihre Mittelhilfe verweigerten. Nur mit außerordentlichen Mühen die Stadt von den Finanzinstituten kurzfristige Darlehen zur Befriedigung ihrer täglichen Aufgaben bekommen. Die Wirtschaftsbetriebe sind noch bei der Befriedigung ihrer gesamten Bedürfnisse auf ihre Einnahmen angewiesen, trotzdem die ungeheure Verteuerung der Rohstoffe sich auch bei ihnen auswirkt. Wenn trotzdem die Wirtschaftsbetriebe sich behaupten konnten und wenn für die meisten von ihnen die Krise überwunden scheint, so muß anerkannt werden, daß in den meisten der Bewirtschaftungen mit außerordentlich aufwändiger und technischer Geschicklichkeit gearbeitet worden ist. Die schon oben angedeutet, scheint die Krise überwunden. Es fürzlich erst der Dezernent der städtischen Güter erklärt, daß in der letzten Woche mit einem Ueberschuß von circa 100 Millionen Mark rechnen sei. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Wirtschaftsbetriebe der städtischen Güter ein besonderes Kapitel für sich ist. Die städtischen Güter haben übrigens vor dem Kriege nur minimale Erträge abgeworfen, die selten den Gesamtbetrag von 1 Million Mark erreicht haben. Wenn auch die Entwertung der Mark berücksichtigt wird, so würden die 100 Millionen Mark Ueberschuß für den Staat ein erträgliches Ergebnis bedeuten.

Die städtischen Gaswerke und Elektrizitätswerke haben deren Tarifpolitik bis in die jüngste Zeit hinein diktiert war, soziaipolitischen Erwägungen und deren Tarife in keinem Verhältnis zur Steigerung der Ausgaben für Rohprodukte und Material gewesen werden in diesem Jahre mit Ertragsrisiken aufwarten, die so bedauerlich sein werden, daß man bald von ihnen als dem finanziellen Rück-

Es ist heute schon klar, daß die finanziellen Verhältnisse dieser beiden städtischen Unternehmungen wesentlich günstiger sein werden als die Ergebnisse gleichartiger Betriebe in Berlin, die bewirtschaftet werden. Die Behauptungen der Denkschrift, daß die Ueberführung in die gemischtwirtschaftliche Betriebsform das Mittel sei, sind durch die Tatsachen widerlegt. Die Straßenbahn, deren trostlose Lage fortgesetzt Gegenstand der Erörterungen in der Presse ist, leidet zweifelsohne gewaltig unter dem Mangel der Zuführung neuer Mittel und vor allem an der Unmöglichkeit der Tarifpolitik der Groß-Berliner Verkehrsunternehmungen. Auf die Dauer ist der Zustand unerträglich, daß sich städtische Unternehmen selbst erhalten soll, während das staatliche Unternehmen, die Stadtbahn, durch Zuschuß des Reiches in die Lage versetzt ist, verhältnismäßig niedrige Fahrpreise festzusetzen. Wenn ein großes Unternehmen der Stadt Berlin, wie die Straßenbahn, selbständig macht, hat das Reich die Verpflichtung, helfend einzugreifen. Die umfangreichen Erneuerungen des Ober- wie des Unterbaues sind aus tausenden Einnahmen bestritten worden. Daß die finanzielle Lage des Unternehmens auf das äußerste an-

gespannt wurde, ist leicht erklärlich. In den Monaten April, Mai, Juni und Juli sind für diese Zwecke bei einer Gesamteinnahme aus der Personen- und Güterbeförderung und Resten von rund 540 Millionen Mark für Schuldentilgung und Abschreibungen 92 1/2 Millionen Mark und für Erneuerungsarbeiten 70 1/2 Millionen Mark aufgewendet worden. Der Rammereikasse flossen 11 Millionen Mark zu. Die Straßenbahn ist bestrebt, aus den laufenden Einnahmen den Trümmerhaufen, den die Stadt seinerzeit übernahm, in einen technisch guten Betrieb umzuwandeln.

Es wäre ein gesundes Fressen für das Privatkapital, wenn es jetzt, nach Ueberwindung der größten Schwierigkeiten, die Wirtschaftsbetriebe in die Hand bekommen könnte. Allen diesen Versuchen muß durch den Magistrat, durch die sozialistischen Stadtverordneten und im weiteren Rahmen durch die sozialistisch denkende Bevölkerung der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden. Die städtischen Betriebe sind Aktioposten in der Wirtschaft der Stadt Berlin, die nicht verschleubert werden dürfen, deren Erhaltung und Ausbau die Stadt in die Lage setzen wird, den Weg zur Gesundung ihres Finanzwesens zu beschreiten.
Carl Polenske

Mitgliederstand am 1. November 1922.

Nach in diesem Monat ist eine Zunahme zu verzeichnen. Es sind 21 Mitglieder, um die sich unser Mitgliederbestand weiter erhöht hat. Unter Berücksichtigung unserer gegenwärtig schwierigen Lebensverhältnisse, wo auch in Gemeinde- und Staatsbetrieben die Arbeitskräfte erloschen, ein erfreuliches Zeichen für die Agitations- sowie Organisationskraft. Insgesamt sind jetzt 2065 Mitglieder vorhanden. Seit Monaten zum erstenmal wieder hat Berlin eine kleine Zunahme auf. Im übrigen ist das Bild der einzelnen Gaus überaus verschieden. Diesmal sind es die Gauen Bonn, Magdeburg und Mainz, welche die größeren Zuwächse aufweisen. Die Zahl der Bezirke hat sich um einen (Saar) vermehrt. Neue Filialen sind 4 hinzugekommen, so daß jetzt 942 abschließen. Die Arbeitslosenzahl ist gegenüber dem Monat erheblich gestiegen. Wir zählten 3172 gegen 1107 im Monat, also 2065 mehr.

Gau	Mitglieder am 1. Okt. 1922	Zahl der Mitglieder am 1. November 1922			+ Aufnahme	- Abnahme	Zahl der Mitglieder
		männlich	weiblich	zusammen			
Augsburg	9074	2727	825	8062	† 22	24	
Berlin	48534	37926	11957	48633	† 149	490	
Bielefeld	3405	2768	492	3250	† 155	5	
Brandenburg . .	5672	4492	1136	5617	† 65	81	
Bremen	7658	6980	631	7611	† 47	44	
Breslau	13203	10224	3113	13337	† 334	634	
Bez. Oberpfälzen	1485	1079	850	1429	† 89	6	
Dortmund	4922	3735	1166	4901	† 21	18	
Dresden	10950	8063	2906	10969	† 19	40	
Düsseldorf	11103	9065	1893	10958	† 145	193	
Essen	8954	6276	1144	8419	† 65	60	
Frankfurt a. M. .	15404	12558	2814	15372	† 32	103	
Frankfurt a. d. D.	1465	1507	222	1729	† 264	20	
Halle	3974	3493	617	4120	† 46	7	
Halle	3207	2365	889	3254	† 47	12	
Hamburg	23911	19298	4748	24044	† 133	147	
Hannover	7861	6858	1214	7570	† 91	19	
Karlsruhe	6221	4889	828	5715	† 404	37	
Bez. Singen . . .	1180	972	295	1207	† 47	1	
Bez. Unterbaden	4808	4182	406	4587	† 19	8	
Kiel	4216	3849	770	4319	† 78	93	
Rhein-Bonn	11976	9950	1276	11234	† 742	37	
Rheinberg i. Pr. .	7238	5910	1505	7415	† 177	69	
Bez. Danzig . . .	3785	3344	605	3849	† 64	18	
Essen	6558	4731	1580	6311	† 58	41	
Essen	5093	3845	1193	5078	† 15	108	
Magdeburg	6191	4884	1094	5978	† 218	187	
Mainz	6217	4859	1148	6007	† 210	16	
Bez. Saargebiet	648	655	38	693	† 50	—	
Wuppertal	11671	9098	2561	11649	† 22	174	
Wuppertal	1710	1465	270	1735	† 25	26	
Münster	7639	6765	741	7506	† 98	158	
Wuppertal	827	3098	654	3892	† 185	12	
Stettin	4575	3816	1081	4897	† 22	223	
Bez. Winterpomm.	1540	1365	197	1562	† 18	64	
Stuttgart	6138	5257	888	6145	† 7	29	
Wuppertal	7851	6434	1522	7956	† 75	84	
Wuppertal	—	—	28	—	† 11	5	
Zusammen	280214	227200	53448	280648	† 421	3172	

Zu den Gemeindewahlen im Freistaat Baden.

Der 19. November stellt die Gemeindeglieder in Baden vor eine überaus wichtige Aufgabe; sie sollen mitbestimmen, wie in Zukunft die Kommunalpolitik zu gestalten ist und damit auch ihren eigenen Arbeitgeber wählen. Sind schon die Wahlen zum Reichs- oder Landtag für die Arbeiter der öffentlichen Betriebe äußerst wichtig, so noch viel mehr die Gemeindewahlen für die Gemeindeglieder.

„Gemeindeglieder sollen Musterbetriebe sein!“ Diese Losung kann nur dort zur Wirklichkeit werden, wo Männer und Frauen in das Gemeindeparslament kommen, welche vor allem soziales Gefühl und Verständnis für Gemeinwirtschaft haben. Versucht man doch schon seit Wochen und Monaten, öffentliche Betriebe dem Privatkapital auszuliefern unter der Parole: „Größere Leistungsfähigkeit und Verbilligung der Produkte“. Dabei weiß jeder in solchen Betrieben beschäftigte Kollege, daß zum weitestgehenden Teil nur ein verbohrtter Bürokratismus, teilweise auch die Ueberhebung der Vorgesetzten, schuld daran ist, daß den Anregungen unserer Kollegen nicht Folge gegeben wird, sonst könnte in vielen Fällen rationeller gearbeitet werden. Gerade die bürgerlichen Parteien sind es, welche die Gemeindeglieder dem privaten Kapital ausliefern wollen. Sie bekämpfen auch die Regiebetriebe dadurch, daß sie ihnen möglichst jede Arbeit entziehen und diese den Privatunternehmern übertragen. Nur die schmutzigsten Arbeiten und solche, an denen auch rein gar nichts zu verdienen ist, sollen durch die Gemeindeglieder ausgeführt werden. In den kleinen Städten und Gemeinden können es die bürgerlichen Vertreter schon gar nicht verstehen, daß die gute alte Zeit vorbei ist, in welcher man mit dem „Stadtgläubner“ machen konnte, was man wollte. Hier besonders müssen unsere Kollegen auf dem Posten sein und für eine Vertretung auf dem Rathaus eintreten, welche die Not der Gemeindeglieder versteht.

Aber nicht nur für die Gemeindeglieder allein ist der Ausfall der Wahlen eine Lebensfrage; auch die Kollegen und Kolleginnen in anderen öffentlichen Betrieben haben ein großes Interesse daran, wie der Gemeinderat oder Bürgerausschuß in den einzelnen Orten zusammengesetzt ist. Gerade unsere Kreisstraßen- und Wegwärter haben es schon oft fühlen müssen, wenn in diesem oder jenem Orte eine Gemeindegliedervertretung vorhanden ist, welche nur die Interessen einer kleinen Clique vertritt.

Wohl wissen auch wir, daß die finanzielle Lage der Gemeinden keine rosige ist. Es ist aber eine große Portion Heuchelei dabei, wenn bei jeder Gelegenheit behauptet wird, daran sei nur allein das Reich schuld, weil es den Gemeinden die Steuerhöbel genommen hätte. Mit diesen Behauptungen soll der Eindruck erweckt werden, als sei nur die neue Staatsform schuld an den mißlichen Verhältnissen. Viele Gemeinden können hier die Schuld bei sich selbst suchen und einmal anfangen, diejenigen Steuern, welche ihnen geliebt sind, der heutigen Geldentwertung anzupassen. Während alle Produkte, damit auch der Wert der Liegenschaften und Betriebe, auf mindestens das 20fache und mehr gestiegen sind, sind in vielen Gemeinden die Vermögenssteuern, die Steuern für Betriebe und Liegenschaften noch nicht einmal auf das 20fache gesteigert worden. So könnte man noch eine ganze Reihe von Steuern nennen, welche den Gemeinden geliebt sind, die aber gar nicht oder nur ganz wenig benützt werden, eben weil sie die Anhänger der bürgerlichen Parteien treffen. Diese geben es aber vor, lieber an Ausgaben

Für Gesundheits- und Wohlfahrtspflege, für Sozial- und Arbeiterpolitik zu sparen.

Vom Zentrum wird auch bei diesen Wahlen öfterorts wieder die Parole ausgegeben: „Die Religion ist in Gefahr!“ Die Gemeindepardamente haben aber in Religionsfragen überhaupt nichts zu bestimmen. Dieser Ruf ertönt daher nur, um Stimmenfang zu treiben. Kollegen und Kolleginnen, laßt euch hier nicht vormachen. Für uns gibt es nicht nur ein Wahlrecht, sondern auch eine Wahlpflicht. Wir wählen daher am 19. November nur Kandidaten der sozialistischen Parteien in die Gemeindeparlamentel R. 2.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Politisches.

Politische Wochenübersicht. Zu Beginn der vergangenen Woche erreichte der Ausfall der sächsischen Landtagswahlen, die am 5. November vollzogen wurden, das politische Interesse. Es wurden Stimmen abgegeben für die VSPD 1059 131, RPD 265 755, Deutschnationale Partei 490 373, Deutsche Volkspartei 474 484, Demokratische Partei 214 190, Zentrumspartei 22 288.

Im neuen Landtage haben sonach Sitze: Die Sozialdemokraten 41 (bisher 40), die Kommunisten 10 (bisher 9), die Deutschnationalen 19 (bisher 20), Deutsche Volkspartei 18 (wie bisher), Demokraten 8 (wie bisher), Zentrum 0 (bisher 1). Mithin gewinnt die sozialistische Mehrheit ist also nicht nur glänzend abgeschlagen worden, sondern Sozialdemokraten und Kommunisten kehren noch um zwei Mandate verstärkt in den Landtag zurück. Interessant ist dabei auch das Stimmverhältnis der Männer und Frauen, das durch Ausgabe verschiedenfarbiger Wahlloosets ermittelt wurde. Gegenüber 174 868 Männern haben 197 680 Frauen gültige Stimmzettel abgegeben. Davon wählten 47,5 Proz. sozialistisch oder kommunistisch, 52,5 Proz. nichtsozialistisch. Im einzelnen kommen auf 100 Männerstimmen bei Zentrum 139, Deutschnationalen 135, Deutsche Volkspartei 126, Demokraten 112, Sozialdemokraten 107, Kommunisten 86 Frauenstimmen. Das zeigt also, daß die Frauen viel konservativer denken als die Männer. Durch vermehrte Aufklärungsarbeit müssen auch sie mehr zu sozialistischer Weltanschauung erjogen werden. Die Reichspolitik war erfüllt mit dem Bestreben, Mittel und Wege zu finden, die Mark zu stabilisieren. Zu diesem Zwecke waren auch Sachverständige aus dem Lager der Entente in Berlin erschienen, die tiefen Einblick in das deutsche Finanz- und Wirtschaftselend nahmen. Diese Sachverständigen haben eine Denkschrift ausgearbeitet, in der sie übereinstimmend feststellen, daß Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Mark unverzüglich getroffen werden müssen, um Deutschland vor dem drohenden völligen Zusammenbruch zu retten. Die erste Voraussetzung einer solchen Stützungsaktion sei ein Zahlungsausschub von mindestens zwei Jahren und die Wiederherstellung der Gleichberechtigung Deutschlands im internationalen Handel, namentlich in bezug auf das Recht, Zölle von der Zugeseinfuhr zu er-

heben, und für die Ausfuhr die Meistbegünstigung zu fordern. Initiative müsse aber von Deutschland selbst ausgehen, dann auch nach einer gewissen Zeit auf die Mitarbeit ausländischer Geber zu rechnen sein. Dieser Hinweis der Sachverständigen bel uns ganz besondere Beachtung finden. Es hatte sich — wie in Oesterreich — bereits eine Stimmung in Deutschland breitete, die alles Heil von der Hilfe des Auslandes erhoffte. Das sollte nicht glauben, daß die zivilisierte Welt untätig diesem gegenüber dem wirtschaftlichen Verfall eines hochkultivierten Volkes. In dieser Hinsicht muß die Denkschrift der ausländischen Sachverständigen bel uns ernüchternd wirken. Der Wirtschaftspolit der Reichsregierung setzten leider in neuerer Zeit klare Richtlinien und Energie. Sie legte zu großes Gewicht auf Meinungsäußerungen inländischer Sachverständiger, die in der ihren Interessentenstandpunkt vertraten. Die Vorschläge der Sachverständigen und Sozialisten über schlug sie entweder in den oder beachtete sie nicht genügend. Dadurch kam ein unheilvoller Zirkel zustande, der schließlich alle Volksteile der Reichsregierung mit sich zerschlug. — Die ausländischen Sachverständigen haben ferner mit Recht auf die verhängnisvolle Wirkung der Lieferung von Reparationszahlungen und der entsprechend großen Abfuhr von Rohle aus naturtafaren Ländern nach Deutschland hingewiesen. Das wirtschaftlich ganz unrationale Hin- und Her von Reparations- und Auslandszahlungen verhängt unheimlich belastet die Zahlungsbilanz in ungeheurer Weise. Das bedingt eine starke Einengung unserer Wettbewerbsfähigkeit und ständigen Druck auf das Lohnniveau der deutschen Arbeiterklasse. mehr Rohle und Eisen sich durch diesen Zustand verteuern, geringer wird die Möglichkeit, die Löhne der Teuerung anzupassen. Über die Bestrebungen, den Markkurs zu festigen, sind Kapitalmagnaten ganz und gar nicht erbaut. Je tiefer die Mark um so höher wächst ihr kapitalistischer Weizen auf Kosten der Volksmassen. „Was schiert mich Weib, was schiert mich Kind Arbeiter, laßt sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind“ (sollte nicht zu mir, sondern zu den andern); unter diesem Motto ist die „Volkswirtschaft“. Der größte unter ihnen, Hugo Stinnes hat sich deshalb auch in heftiger Rede im Reichswirtschaftsrat die Denkschrift der Sachverständigen und die diese unterstützende der Reichsregierung gemahnt. Er will unter keinen Umständen Stabilisierung der Mark, dafür aber, wie sein Vorgesandter ist und andere Industriemänner, die Befestigung des Mark und Einführung des Achtstundentages. Das sträubt sich zwar noch die Reichsregierung, aber bei der bevorstehenden Umbildung des Reichskabinetts weiß man heute noch nicht es Infolge der famosen bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gegen Zukunft stärkeren reaktionären Einfluß fernzuhalten. Bei einer Sprechung mit den Gewerkschaftsvertretern hat jüngst der Arbeitsminister Dr. Brauns noch erklärt, daß er in drei Punkten mit den Gewerkschaftsvertretern einig sei: 1. daß das Arbeitsgesetz sich auf den Boden des Achtstundentages stelle; 2. daß besondere Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeiter festgesetzt werden müsse; 3. daß gewisse Ausnahmen im Gesetz selbst geändert werden müssen. Das „Korrespondenzblatt“, im Beleg dieser Sprechung berichtet, sagt dazu:

„Aus dieser Sprechung ging hervor, daß die Wagnisse der strikten auf Befestigung des Achtstundentages beim Reichsarbeiterratum keinen Rückhalt findet. Am gesetzlichen Achtstundentag will

Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts.

Von Johannes Gut.

X.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika zählten 1790 kaum 4 Millionen Einwohner, jetzt sind es weit über 100 Millionen. Eine Reise mit dem Segelschiff von New York nach dem nördlichen Kalifornien erforderte 3—4 Monate. Man mußte den ganzen Erdteil umkreisen, denn der Panamakanal existiert erst seit wenigen Jahren. Jetzt fährt man in fast ebensoviel Tagen in einem mit allen Bequemlichkeiten ausgestatteten Luftzug von New York nach San Franzisko. 1845 hatte San Franzisko etwa 1000 Einwohner, als aber 1848 in Kalifornien Goldfelder entdeckt wurden, stellten sich zahlreiche Goldsucher ein, und 1855 zählte San Franzisko bereits 100 000 Einwohner und heute ist es eine der größten Städte der Erde. Die Einwanderung aus Europa nach den Vereinigten Staaten ist sehr beträchtlich, sie betrug von 1821 bis 1902 gegen 19 Millionen, darunter 7 Millionen Engländer und 5 Millionen Deutsche. Doch ist die Auswanderung von Deutschland seit 1905 sehr gering.

Einen Begriff von der unglaublich raschen Entwicklung gewährt uns das Verkehrsweisen der Vereinigten Staaten. Während Deutschland im Jahre 1899 48 800 Kilometer Eisenbahnen besaß, hatten die Vereinigten Staaten zur gleichen Zeit 315 000 Kilometer. Ein ähnliches Verhältnis weist das Telegraphen-, Telefon- und Post-

wesen auf. Die Verfassung schreibt volle Pressfreiheit und Religionsfreiheit vor. Es gibt keine Staatskirche und noch seiner Zeit wird vom Staate niemand befragt; das Sektenswesen ist in Amerika sehr verbreitet; eine eigentümliche Seite ist die der Normonten, die sich 1833 im Westen am großen Salzsee niederließen. Sie haben eine hierarchisch-kommunistische Verfassung und die Vielweiberei ihnen früher, nicht verboten. Auch die Quäker sind eine recht sozialistische Sekte, die seit einigen Jahren der Rot der Kinder Abhilfe oder doch Milderung schafft.

Im Jahre 1861—1865 fand zwischen den Nord- und Südstaaten ein Bürgerkrieg statt, der die Aufhebung der Sklaverei den Südstaaten bezweckte. Bis 1863 hatten die Südstaaten den General Lee bedeutende Erfolge. Dann aber siegten die Nordstaaten unter General Grant und die Baumwollbarone mußten sich zur Aufhebung der Sklaverei finden. Der Krieg hat mehr als 400 000 Menschen das Leben gekostet und der alte Präsident Lincoln von dem Fanatiker Booth meuchlerisch ermordet.

Nach dem Bürgerkrieg nahm das Schulwesen einen bedeutenden Aufschwung. In allen Einzelstaaten wurden Schulen errichtet, in denen sämtliche Kinder unentgeltlich unterrichtet werden. Die Universitäten wurden von mehreren Millionen mit vorzüglichem Mitteln bedacht. Seit den 60er Jahren datieren die Fänge der Arbeiterbewegung und im Jahre 1870 fand ein großer Eisenbahnerstreik statt. Im Jahre 1881 wurde der Gewerkschaftsbund gegründet (Federation of Labor), der vier Millionen Arbeiter umfaßt und auf friedlichem Wege die Lage der Arbeiter zu verbessern strebt. Leider ist er unter der

... nicht rüsten lassen. Dagegen ist er der Ansicht, das die geschäftliche Anwendung des Achtstundentages nachteilig für die Wirtschaft wäre. Eine solche haben aber die Gewerkschaften nicht, noch gewilligt. Sie haben über notwendige Ausnahmen mit sich abgefunden. Die Gewerkschaften stehen mit ihrer ganzen Kraft für den Achtstundentag ein. Das deutsche Unternehmertum wird nicht mit dem schwersten Verlust für die deutsche Wirtschaft rechnen. Auf der Basis des Achtstundentages wird eine Lösung über wirklich notwendige Überarbeit nicht schwer sein. Diese Grundfrage gibt es nur erbitterten Kampf! Die Seiten sind bitter ernst, die Arbeiterklasse muß daher auf die Seite der Einheitlichen gewerkschaftlichen und politischen Fronten allen reaktionären Anstürmen gegenüberreten.

◆ Gesetz und Recht ◆

Cohnzuschläge. Durch Gesetz vom 23. Dezember 1921 ist bestimmt, daß der Arbeitslohn bis zur Summe von zwölfhundert Mark für das Jahr und, soweit er diese Summe übersteigt, ein Drittel des Mehrbetrags der Pfändung für Forderungen des Schuldners nicht unterworfen sei. Hat der Schuldner seinen Lebensunterhalt zu gewähren, so erhöht sich der pfändbare Mehrbetrag für jede Person um ein Sechstel, höchstens auf zwei Drittel des Mehrbetrags. Übersteigt der Arbeitslohn die Summe von fünfzigtausend Mark, so ist der überschüssende Betrag nicht auf die Zahl der zu unterhaltenden Personen im Verhältnis pfändbar. Durch die fortwährende Geldentwertung sind die festgesetzten Beträge längst überholt. Durch Beschluß des Reichspräsidenten ist deshalb der Arbeitslohn jetzt bis zur Summe von hundertzwanzigtausend Mark für das Jahr und, wenn dieser Betrag übersteigt, zu einem Drittel des Mehrbetrags der Pfändung nicht unterworfen. Für den Unterhalt eines Angehörigen erhöht sich künftig ein Sechstel des Mehrbetrags pfändbaren Arbeitslohns im Jahre den Betrag von dreihunderttausend Mark, so erleidet dem Schuldner von dem Unterhalt nicht mehr als ein Drittel. Die Gehaltspfändungsgrenze ist ebenfalls auf 120 000 Mk. erhöht worden.

◆ Betriebsräte ◆

Bei der Erhebung der von der Betriebsvertretung bzw. der Betriebsrat verlangten Zustimmung zur Kündigung eines Mitgliedes der Betriebsvertretung durch den Schlichtungsausschuß muß dieser § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 die wirtschaftlichen Verhältnisse des zu Kündigenden im Verhältnis zu den übrigen Arbeitnehmern beachten. — § 97 BRG. Entscheidung des Schlichtungsausschusses vom 28. August 1922: Die Zustimmung zur Kündigung des Betriebsmannes Z. wird erteilt, und zwar deswegen, weil der Schlichtungsausschuß auf dem Grund steht, daß im vorliegenden Falle der § 13 der Verordnung in Anwendung und Entlassung von Arbeitern und Angehörigen während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920 Anwendung zu finden hat; daß es nachgewiesen erscheint, daß

... nach dem Kriege 6 Zimmerleute beschäftigt waren, während jetzt nur 2 beschäftigt sind; daß sich insbesondere Z. verpflichtet hat, auch andere Arbeiten zu verrichten und daß in der Stadt wie W. ähnliche Arbeiten wie die eines Zimmermannes genügend vorhanden sind.

Im Zusammenhang mit der Marktentwertung haben wir bereits einen Rückgang der Konjunktur zu verzeichnen. Der Reichsarbeitsminister hat daher mit vollem Recht vor kurzer Zeit darauf hingewiesen, daß die Demobilisierungsvorschriften über Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern vom 12. Februar 1920 noch in Geltung sind und deren Beachtung in Erinnerung gebracht. Wir lassen nachstehend den Wortlaut des § 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 folgen, welche den Schlichtungsausschuß dazu geführt hat, die Zustimmung zur Kündigung zu verweigern:

Sollen Arbeitnehmer zur Verminderung der Arbeitnehmerzahl entlassen werden, so sind für die Auswahl zunächst die Betriebsverhältnisse, insbesondere die Ersehbarkeit des einzelnen Arbeitnehmers im Verhältnis zur Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu prüfen. Sodann sind das Lebens- und Familienstand, sowie der Familienstand des Arbeitnehmers darauf zu berücksichtigen, daß die älteren, eingearbeiteten Arbeitnehmer und diejenigen mit unterhaltungsbedürftigen Angehörigen möglichst in ihrer Arbeitsstelle zu belassen sind. Das gleiche gilt von ehemals selbständigen Gewerbetreibenden und solchen Arbeitnehmern, die bis zum 1. August 1914 oder später im Ausland tätig waren, sowie von Lehrlingen und Personen, die sich in einer geeigneten Ausbildung befinden. Kriegsbekindigte und Kriegerhinterbliebene sind besonders zu berücksichtigen.

Besonders hervorheben müssen wir noch, daß der Schlichtungsausschuß mit vollem Recht der Stadtverwaltung zugemutet hat, im Falle von Arbeitsmangel in der betreffenden Abteilung oder dem Werke, in dem ein Mitglied der Betriebsvertretung beschäftigt ist, das Betriebsvertretungsmitglied zur Vermeidung der Entlassung anderweit mit anderen Arbeiten zu beschäftigen.

◆ Aus der Spruchpraxis ◆

Cohnzuschläge. Ab 1. März 1922 erhalten Feuerleute zu den jetzigen Stundenlöhnen einen Zuschlag von 10 Proz. Installateure im Rohrgraben ebenfalls 10 Proz. Installateure für Arbeiten im Betrieb ausschließlich Werkstatt 25 Proz. (Schlichtungsausschuß des Schlichtungsausschusses der Kreisbauhauptmannschaft Zweidau vom 21. Oktober 1922.)

◆ Beamte, Reichs- und Staatsarbeiter ◆

Cohnzuschläge an Maschinisten, Heizer und Kraftwagenführer. Das Reichsfinanzministerium erklärt darüber im „Reichsbesoldungsblatt“ Nr. 8, Seite 50, eine Verfügung und eine solche über Neu festsetzung der Einkommensgrenze zwecks Gewährung von Kinderbeihilfen, die wir im Wortlaut hier veröffentlichen:

Nr. 39. Cohnzuschlag gemäß § 8 des Tarifvertrages für Maschinisten, Heizer und Kraftwagenführer, die nicht Handwerkerlohn zu erhalten haben und unter den Verwaltungs- oder Betriebsarbeiterlohn fallen.

Abänderung des Rundschreibens IB 23 256 vom 31. August 1922.

1. Maschinisten, Heizer an Maschineneisen und Heizer an Hochdruckheizungsesseln mit einem von einer amtlich anerkannten Prü-

die Kosten der damaligen Wahl auf 2 1/2 Milliarden Frank, inzwischen ist die Sache sicher noch teurer geworden.

Der Weltkrieg hat die Besthenden in Amerika ungemein bereichert. Die Ausfuhr nach Europa hat sich von 1914 bis 1920 fast verdreifacht. Die Vereinigten Staaten lieferten während dieser Zeit an England und Frankreich an Rohstoffen, Lebensmitteln und Kriegsmaterial für etwa 40 Milliarden Dollar. Die Unterschätzung der Leistungsfähigkeit der Vereinigten Staaten seitens der leitenden deutschen Kreise hat sich bitter gerächt. Im April 1917 bestand die amerikanische Armee, einschließlich der Offiziere aus 823 000 Mann; am 1. November standen mehr als 2 Millionen an der Front oder befanden sich auf den Schiffen. Täglich wurden etwa 17 Millionen Kleingeschosse, in einem Monat 3 Millionen Granaten, 161 Geschütze und 35 447 Maschinengewehre erzeugt.

So jung die amerikanische Kultur auch ist, sie steht heute mit der europäischen in vieler Beziehung auf gleicher Stufe. Weist allerdings auch die Entartungen in erhöhtem Maße auf.

Auf allen Gebieten der Technik und Industrie werden die Vereinigten Staaten von keiner Nation übertroffen. Durch ausgedehnte Entdeckungserreisen und Ausgrabungen vorweltlicher Lebewesen haben die Amerikaner die Geographie und Geologie wesentlich bereichert. Der praktische Sinn der Amerikaner hat manche Erfindung des Abendlandes erst dem allgemeinen Gebrauch dienlich gemacht. So hat Morse den Telegraphen, Bell das Telefon wesentlich verbessert, Edison durch Erfindung der Glühlampe das elektrische Licht auch für kleine Räume gebrauchsfähig gemacht. ...

Samuel Compers zurzeit aus der Amsterdamer Gewerkschaften internationale ausgeschlossen, weil sie „sozialistisch“ sein soll. Der Roman der Frau Harriet Beecher-Stowe „Onkel Toms Hütte“ ruhmreichste aller Welt auf die Sklavenfrage lenkte, so hat Schriftsteller Georges „Fortschritt und Armut“ einen wesentlichen Einfluß auf die soziale Bewegung und besonders auf die Reformen in Amerika, England und Australien ausgeübt. Die Reichweite der Bergarbeiter fällt in das Jahr 1902. Bei der Reichstagswahl 1906 zählte man 450 000 sozialistische Stimmen, bei der Wahl 1920 war die Zahl auf 1 Million angewachsen. — Ende 1920 gibt es über 4 Millionen Arbeitslose, deren Anzahl inzwischen in den letzten Monaten verringert hat, da die Wirtschaftliche etwas nachließ. Die Löhne wurden vielfach gekürzt und Arbeitszeit verlängert.

Durch den Bau der zahlreichen Eisenbahnen und Dampfschiffe, die Erschließung der Petroleumquellen, sowie der reichen Bodenschätze überhaupt, gelangten viele Familien zu großen Reichtümern, wodurch zur Herrschaft in Staat, Presse und öffentlichem Leben. Im Jahre 1899 besaßen 9 Proz. der Familien 71 Proz. des gesamten Nationalvermögens. Während es 1855 in den ganzen Vereinigten Staaten nur 28 Millionäre gab, ist deren Anzahl 1914 auf 5000 und nach dem Weltkrieg auf 25 000 angewachsen. Es war die ländliche Bevölkerung viel zahlreicher als die der Städte. 1920 überwoog die städtische Bevölkerung die ländliche bereits um 7 Millionen. New York hatte 1900 3 1/2 Millionen und 1920 über 5 1/2 Millionen Einwohner. Eine Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten ist kein billiges Vergnügen. Man schätzte 1902

fungsstelle ausgestellten Befähigungsnachweis sowie Kraftwagenführer, die bereits mindestens ein Jahr in dieser Verwendung bei einer Reichsbienstelle gestanden haben, erhalten ab 1. November 1922 neben dem Lohn der angelernten Arbeiter (Verwaltungsarbeiter) oder der Lohngruppe V (Betriebsarbeiter) einen Lohnzuschlag gemäß § 8 des Tarifvertrages, der für die Woche 144/10 des Unterschieds im Stundenlohn der mehr als 24jährigen Arbeiter der Lohngruppen III und V nach dem Betriebsarbeitertarif, mithin ab 1. November 1922 72 Mf. für die Woche oder 1,50 Mf. für die Stunde beträgt. — 2. Die unter Ziffer 1 bezeichneten Kraftwagenführer erhalten einen weiteren gleich hohen Lohnzuschlag gemäß § 8 des Tarifvertrages, wenn sie in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern als Führer von Kraftwagen mit Verbrennungsmotoren verwendet werden. — 3. Der Lohnzuschlag wird in beiden Fällen nur für wirklich geleistete Arbeitsstunden gewährt. — 4. Maschinisten, Heizer und Kraftwagenführer, die nach Lohngruppe III des Betriebsarbeitertarifs oder als Hundewerker nach dem Verwaltungsarbeitertarif entlohnt werden, steht kein Lohnzuschlag gemäß Ziffer 1 bis 3 zu. — Berlin, den 8. November 1922. IB 29 690. Der Reichsminister der Finanzen. J. A. gez.: S ü h m a n n.

Ar. 40. Rinderbeihilfen in gesetzlich nicht geregelten Fällen.
Nach dem Abtag 2 Nr. 2 des § 16 des Besoldungsgesetzes vom 30. April 1920 (RGBl. S. 805) in der Fassung der sechsten Ergänzung dieses Gesetzes durch die siebente Ergänzung des Besoldungsgesetzes dahin abgeändert worden ist, daß die Grenze des eigenen Einkommens der Rinder nicht mehr jährlich 4000 Mf., sondern monatlich 2000 Mf. beträgt, ändert sich auch die Ziffer 1b meines Rundschreibens vom 8. Juli 1922 — IB 18 908 — sinngemäß. Im übrigen ist künftig für die Gewährung der gesetzlichen Rinderzuschläge jeweils maßgebende Einkommensgrenze auch für die Bewilligung an Rinderbeihilfen in gesetzlich nicht geregelten Fällen anzuwenden. Berlin, den 8. November 1922. IB 29 204. Der Reichsminister der Finanzen. J. A. gez.: S ü h m a n n.

• Theaterarbeiter •

Eine Konferenz der Theaterarbeiter tagte am 5. November in Heidelberg. Vertreten waren Kollegen aus folgenden Theatern: Frankfurt, Darmstadt, Mainz, Wiesbaden, Heidelberg, Mannheim, Karlsruhe, Baden-Baden, Freiburg und Stuttgart. Gaukeiler Bühler hielt einen Vortrag über „Die Arbeitsverhältnisse in den Theaterbetrieben unter Berücksichtigung des Reichsmanteltarifvertrages“. Nach erfolgter Aussprache wurde eine Resolution beschlossen, die u. a. sagt, daß nahezu überall in Betrieben Kräfte am Werke sind, den Theaterarbeitern die achtsündige Arbeitszeit wieder zu entreißen. Die Konferenz spricht den Theaterleitungen, welche versuchen, ihr Personal in die alte Schaverei der unbeschränkten und regellosen Arbeitszeit zurückzuführen, die schärfste Mißbilligung aus und erwartet, daß diejenigen Theaterleitungen, welche sich wirklich auf den Boden der Kultur und Kunst sowie der Menschlichkeit stellen, alles daransetzen, um die heutigen besseren Verhältnisse zu erhalten. Von dem Personal aller deutschen Theater aber erwartet die heutige Konferenz, daß es den Bestrebungen auf Verschlechterungen der Arbeitszeit und der übrigen Verhältnisse mit allem Nachdruck entgegentritt und sich insbesondere auch durch den Versuch der Theaterleitungen, die Verhältnisse der verschiedenen Theater gegeneinander auszuspielen, nicht irremachen läßt.

Dann sprach Kollege Allinger-Mannheim über „Rechte und Pflichten der Betriebsräte in den Theaterbetrieben“. Die hierzu beschlossene Resolution lautet u. a.:

„Die Konferenz bedauert, daß die Hoffnung auf Schaffung eines Theatergesetzes nicht in Erfüllung ging. Vielsach gegen stilkliche Grundzüge verstoßende Beträge, unerträglich lange Arbeitszeit und unregelmäßige Verhältnisse auf vielen anderen Gebieten weisen auf diktatorische Willkür mancher Theaterleitungen hin, unter der das technische und künstlerische Personal leidet. Besserung dieser Verhältnisse erwartet das Personal durch die Wirkungen des Betriebsrätegesetzes. Die Theaterleitungen versuchen jedoch mit aller Energie, die Rechte der Betriebsräte mit dem Hinweis zu beschränken, daß Theaterbetriebe keine Betriebe mit wirtschaftlichen Zwecken seien. Dieser Auffassung stellt die Konferenz die Forderung entgegen, daß die Theaterkunst dem Publikum gegen Bezahlung geboten wird, und daß die Frage der Wirtschaftlichkeit immer mehr in den Vordergrund rückt. Die Theaterbetriebe sind daher Betriebe mit künstlerischen und wirtschaftlichen Zwecken. Die Konferenz fordert deshalb für die Betriebsräte alle Rechte, die sich aus dem BRG ergeben. Die schweren finanziellen Sorgen der Theaterbetriebe können nur in engem und gedeihlichem Zusammenarbeiten der Theaterleitungen und der Betriebsvertretungen sachgemäß gebräut und in erträglicher Weise behoben werden.“

Im Schlußwort wies Kollege Bühler-Heidelberg auf das Bestreben hin, den finanziellen Sorgen durch Schließung der Theater aus dem Wege zu gehen. Er erinnerte an ein Wort des früheren preussischen Kultusministers Haenisch: „Schließen Sie die Theater, so werden Sie in einem Jahre neue Zuchthäuser bauen müssen.“ Soweit darf es nicht kommen. Die Theater müssen als eine unentbehrliche Kultur- und Bildungsstätte dem Volke erhalten bleiben.

• Aus unserer Bewegung •

Bayern. Nach der erfolgten Neuregelung der Gehälter der Beamten und Löhne der Reichsarbeiter regeln sich auch die Gehälter bayerischen Gemeindefacharbeiter mit Wirkung ab 1. November wie folgt:

Lohngruppe	Sonderklasse		Ortsklasse A		Ortsklasse B
	Anfangsfl.	Endfl.	Anfangsfl.	Endfl.	
III c	7109,18	— 7329,00	6782,38	— 6992,14	6435,99
III b	6874,10	— 7096,68	6558,09	— 6769,92	6223,18
III a	6639,04	— 6844,36	6333,83	— 6529,70	6010,34
II b	6403,98	— 6602,00	6109,54	— 6298,48	5797,53
II a	6168,95	— 6359,72	5885,25	— 6067,28	5549,69
I b	5933,89	— 6117,40	5660,96	— 5836,94	5371,83
I a	5698,83	— 5875,08	5436,70	— 5604,82	5190,04
A 3	4626,72	— 4769,79	4413,98	— 4550,43	4158,51
A 2	4450,84	— 4587,95	4245,72	— 4377,08	4029,88
A 1	4264,18	— 4408,81	4077,51	— 4203,00	3869,28

Lohngruppe	Ortsklasse C		Ortsklasse D		Ortsklasse E
	Anfangsfl.	Endfl.	Anfangsfl.	Endfl.	
III c	6970,19	— 6154,81	5802,01	— 5981,44	5649,13
III b	5772,75	— 5951,28	5610,15	— 5763,64	5462,31
III a	5575,84	— 5747,75	5418,29	— 5585,84	5275,52
II b	5377,90	— 5544,22	5226,40	— 5389,04	5089,70
II a	5180,49	— 5340,69	5034,54	— 5190,24	4901,91
I b	4983,55	— 5137,16	4842,68	— 4992,41	4715,13
I a	4786,00	— 4933,63	4660,92	— 4794,64	4528,30
A 3	3985,38	— 4006,51	3776,64	— 3889,43	3676,41
A 2	3737,81	— 3852,87	3632,01	— 3744,38	3636,34
A 1	3580,20	— 3700,20	3488,13	— 3595,98	3396,21

Die Frauenzulage beträgt pro Woche 230,13 Mf. Die Zulagen betragen 2980,—, 3725,—, 4470,— Mf. nach den Voraussetzungen und Bedingungen wie bei den Gemeindebeamten.

Rheinspfalz. Die mit dem Bezirksarbeitgeberverband am 5. November geschlossenen Lohnverhandlungen führten zu folgender Vereinbarung, wobei die Besoldungszulage bereits eingetragenermaßen

Lohnklasse	Lebensalter	Stundenlöhne in Ostmark		
		ab 1. 11. 16. 11. 1. 11.		
		I	II	III
I	Verheiratete und Arbeiter über 24 Jahre	169,30	196,30	168,80
	Ledige von 22—24 Jahr.	167,85	194,85	167,35
	20—22	166,85	192,85	165,35
II	Verheiratete und Arbeiter über 24 Jahre	165,80	191,30	164,80
	Ledige von 22—24 Jahr.	163,35	189,35	162,85
	20—22	161,85	187,85	161,35
III	Verheiratete und Arbeiter über 24 Jahre	160,80	184,80	160,30
	Ledige von 22—24 Jahr.	158,35	182,35	157,85
	20—22	157,35	181,35	156,85
IV	Verheiratete und Arbeiter über 24 Jahre	116,90	135,90	115,40
	Ledige von 22—24 Jahr.	108,90	124,90	108,40
	20—22	107,35	123,35	106,85
	18—20	106,85	122,35	105,85
	18—20	77,90	91,40	77,90

Die Kinderzulage ist von 1,50 Mf. auf 3 Mf. pro Stunde Kind erhöht worden. Außerdem wird nach der Besoldungszulage von 185 Mf. pro Monat und Kind gewährt. Die gelebten Handwerker erhalten eine Zulage von 1,50 Mf. pro Stunde, übrigen in der „Gewerkschaft“ Nr. 43 veröffentlichten Bestimmungen des Lohnartikels sind unverändert übernommen.

Besetztes Rheinland. In der Lohnverhandlung mit dem Arbeitgeberverband wurden am 9. November für die Zeit vom 1. 15. November folgende Lohnsätze vereinbart:

Gruppe	Ortsklasse		
	A I	A II	C
I	143,00—144,00	141,00—142,00	139,00—140,00
II	139,00—140,00	137,00—138,00	135,00—136,00
III	137,00—138,00	135,00—136,00	133,00—134,00
IV	135,00—136,00	133,00—134,00	131,00—132,00
Arbeiter	80,00—81,00	79,00—79,00	76,00—77,00

Der Anfangslohn steigt jährlich um 20 Pf. pro Stunde, der Höchstlohn um 5 Dienstjahren erreicht wird. Des Weiteren beträgt für die Verheirateten 5 Mf. und des Kindes jedes Kind unter 14 Jahren 10 Mf. pro Stunde. Für die Novemberhälften ist eine Lohnerhöhung von 50 Pf. beantragt.

Der Schlichtungsausschuß setzte am 10. November im Kreis Andernach-Stadt und Land folgende Lohn- und Gehälter fest: vom 1. bis 15. November: Handwerker 160 M., angeleitete Arbeiter 150 M., Frauen 90 M.; vom 16. bis 30. November: Handwerker 185 M., angeleitete Arbeiter 175 M., Frauen 105 M. Die Kopier- und Schreibarbeiten sind für die Gas- und Elektrizitätsarbeiten in Andernach, Brohl, Andernach und Mayen in Frage.

Die Höchsthöhe im November betragen pro Stunde für Arbeiter 1,69,50, angeleitete Arbeiterinnen 78,15 M., angeleitete Arbeiter 112,50, angeleitete Arbeiterinnen 80,30 M., Handwerker (männliche) 117,50, Handwerker (weibliche) 83,85 M. Dazu eine Frauenzulage von 5 und eine Kinderzulage von 8 M., wenn ein Ortszuschlag von voraussichtlich 10 M.

Bei den Lohnverhandlungen am 6. November wurde eine Lohnabrede für die Zeit vom 1. bis 15. November mit folgenden Bedingungen vereinbart: 1. Maschinenist im Schlachthof, selbständige Metzgerei, Kesselmacher, Ofenfeuerleute und Handwerker im Gaswerk, 2. Handwerker in anderen Betrieben 145 M., 3. Metallarbeiter, Kanalarbeiter, Kutscher und Wirtsfahrer im Fuhrwesen, 4. Arbeiter des Gaswerks 140 M., 5. Straßenreiner, 6. Arbeiter des Gaswerks 125 M., 7. Frauen in Andernach 75 M. — Die Kinderzulage beträgt pro Stunde 8 M.

Durch örtliche Verhandlungen mit der Stadtverwaltung und 8. November wurden die Löhne der Lehrlinge neu geordnet. Dieselben erhalten im ersten Jahr 20 Proz., im zweiten 25 Proz., im dritten Jahr 30 Proz. und im vierten Jahr 35 Proz. der Grundlöhne ihres Berufes. Diese Abmachungen gelten ab dem 1. Juli 1922. Die Nachzahlung der Rückstände soll durch den Arbeitgeber erfolgen. Da diese Abmachungen nur für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis zum 31. Juli 1922 gelten, liegt es im Interesse jedes einzelnen Lehrlings, bald seiner Organisation anzuschließen.

Internationale Rundschau

Der Hilfsaktion für Rußland am 31. Juli 1922. Uebersicht über den Internationalen Gewerkschaftsbund zur Verfügung gestellten Geldmitteln der Hungerleidenden Rußlands.

Land	Mitgliederzahl 31.12.21	Währung des Landes		Gesamtl. Währung
		Eingegangen bis 31. Juli 1922	Eingegangen bis 31. Juli 1922	
Österreich	68871	1969016,97	1699340,-	371469,05
Ungarn	1480	76881,02	14116,152	2266,90
Polen	24274	89000,-	94390,44	62148,22
Frankreich	8417209	8186865,-	841489,-	1212,832
Belgien	5924	718288,-	780778,76	170840,94
Italien	65000	10123,175	10193	11854,08
Spanien	124000	50000,00	2351897,17	806900,-
Portugal	14880	177,26	-	454,90
Brasilien	2390	400000,-	-	5040,-
Argentinien	3099	15000,-	-	8287,24
Chile	22718	14820,169	14892,09	14892,09
Peru	10777	2286301,-	2853761,78	18408,24
Ecuador	3971	877000,-	87000,-	2700,-
Venezuela	21276	18596,68	180199,11	11184,41
Kolumbien	22522	9856,101	-	5198,87
Paraguay	24011	69200,-	71884,10	28919,60
Uruguay	82761	538526,90	518219,11	442491,98
Argentinien	50000	54001,-	578,-	578,-
Brasilien	-	2000,-	-	2000,-
Chile	-	1000,-	-	1000,-
Peru	-	8470,90	-	1270,06
Ecuador	-	78000,-	-	4088,04
Argentinien	-	8000,-	-	80,-
Brasilien	-	8000,-	-	186,-
Chile	-	10840,-	-	18089,60
Peru	-	-	-	3786,88
Ecuador	-	-	-	2844,93
Gesamt				37198312,15

Die Angabe über den Stand am 11. Juli wurde nicht empfangen.

Nach den Mitteilungen des Internationalen Arbeitsrates in Lausanne ist die Arbeiterakademie gegründet worden. Sie gliedert sich in 5 Abteilungen: 1. Bildungsanstalten, wie Schulen, Bücherei, Museum, Unterrichtskurse. Der Schulplan wird unter anderem Wirtschaftskunde, Betriebslehre, Rechtswissenschaft, Arbeiterbildungslehre, Psychologie, Volkswirtschaft, Sozialkunde, soziale Theorien, Geschichte der Arbeiterbewegung, Vortragsabteilung, Herausgabe von Traktaten über soziale Fragen, Schaffung britischer Unterrichtskurse. 2. Vortragsabteilung zur Durchführung von Erhebungen über die Arbeiterbewegung. 3. Rechtsabteilung. — Außerdem gibt die Arbeiterakademie ein eigenes Organ heraus.

Rundschau

Die neuen Postgebühren. Die Gebührensätze für den Postverkehr betragen mit Geltung ab 15. November 1922: Postkarte: am Ort 3 M., Fernverkehr 6 M., Ausland 24 M. Briefe: am Ort 20 Gramm 4 M., 20 bis 100 Gr. 8 M., 100 bis 250 Gr. 12 M.; Fernverkehr 20 Gr. 12 M., 20 bis 100 Gr. 16 M., 100 bis 250 Gr. 20 M.; Ausland 20 Gr. 40 M., jebe weiteren 20 Gr. 20 M. (bis 2 Kilogramm). Druckfachen: bis 25 Gr. 2 M., 25 bis 50 Gr. 3 M., 50 bis 100 Gr. 6 M., 100 bis 250 Gr. 12 M., 250 bis 500 Gr. 16 M., 500 bis 1000 Gr. 20 M.; Ausland je 50 Gr. 8 M. Geschäftspapier und Briefsendungen bis 250 Gr. 12 M., 250 bis 500 Gr. 16 M., 500 bis 1000 Gr. 20 M.; Ausland je 50 Gr. 8 M., mindestens 40 M. Postanweisungen bis 50 M. 6 M., 50 bis 200 M. 10 M., 200 bis 500 M. 16 M., 500 bis 1000 M. 20 M., 1000 bis 2000 M. 24 M., 2000 bis 5000 M. 30 M., 5000 bis 10000 M. 40 M. Rohrpostkarte 21 M., Brief 23 M. Einschreiben 8 M. Vorgelegegebühr 6 M. Päckchen bis 1 Kilogramm 24 M. (nach Saargebiet nicht zugelassen). Telegramm am Ort Grundgebühr 10 M. und für jedes Wort 5 M., Fernverkehr Grundgebühr 20 M. und für jedes Wort 10 M. Für Pakete gelten folgende Tarife:

bis 5 kg	Nachzone Fernzone		über 12 bis 18 kg	Nachzone Fernzone	
	60 M.	120 M.		192 M.	384 M.
über 5 bis 6 kg	72	144	18	14	216
6	84	168	14	15	240
7	96	192	15	16	264
8	108	216	16	17	288
9	120	240	17	18	312
10	144	288	18	19	336
11	168	336	19	20	360

Wertsendungen: Gebühr für Einschreiben und für je 1000 M. Wertangabe 6 M. (mindestens 10 M.) Zahlkarten: Bis 50 M. 3 M., bis 200 M. 5 M., bis 500 M. 8 M., bis 1000 M. 10 M., bis 2000 M. 12 M., bis 5000 M. 15 M., bis 20000 M. 20 M., für je weiteren 1000 M. 10 M. (Bei bar-geldlosem Ausgleich höchstens 50 M.) Für Bar- oder Scheckausgleich 5 M. pro 1000 M. Ueberweisungen von und zu Postkonten gebührenfrei.

Das Existenzminimum in der zweiten Oktoberhälfte 1922. Infolge der ungeheuren Preissteigerung im Laufe des Berichtsmonats waren die Kosten des Existenzminimums in der zweiten Oktoberhälfte besonders hoch: sie waren fast 1 1/2 mal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte, fast doppelt so hoch wie im September und etwa 2 mal so hoch wie im Oktober 1921. Rationiertes Brot kostete 11 mal soviel wie vor neun Jahren, Milch 297 mal soviel, Kartoffeln 300 mal soviel, Briketts 319 mal soviel, Zucker 375 mal soviel, Bohnen und Erbsen 450 mal soviel, Margarine 500 mal soviel, Reis 545 mal soviel, Gas 547 mal soviel, Speck 620 mal soviel, Brot im freien Handel 70 mal soviel. Als w ä s e n t l i c h e s Existenzminimum ergibt sich:

	Man	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
Ernährung	1512 M.	2555 M.	3394 M.
Wohnung	89	89	89
Heizung u. Beleuchtung	612	612	612
Kleidung	1147	1911	2676
Sonstiges	1059	1637	2150
2. Oktoberhälfte 1922	4369 M.	6754 M.	8871 M.
1. Oktoberhälfte 1922	2998	4631	6136

Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für einen alleinstehenden Mann 227 900 M., für ein kinderloses Ehepaar 352 350 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 462 750 M. Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur zweiten Oktoberhälfte 1922 ist das w ä s e n t l i c h e Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann auf das 260,8fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 303,8fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern auf das 308,0fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der zweiten Oktoberhälfte etwa 1/200 wert.

Statistisch festgesetzte Zeittätigkeiten. Die „Statistische Beilage des Korrespondenzblattes“ Nr. 6 bringt eine Zusammenstellung der Ende September 1922 gültigen Tarifhöhen aller Industriegruppen usw. Wir geben daraus wieder nachstehende Tabelle, die im kleinen Rahmen ein Bild gibt von der eingetretenen Steigerung der Lohnsätze. Für diese Uebersicht sind 25 Orte ausgewählt worden, unter Berücksichtigung der hauptsächlichsten Landesteile des Deutschen Reiches. Die für die einzelnen Orte gemachten Lohnangaben sind die Durchschnittssätze der für männliche Vollarbeiter festgesetzten Spitzenlöhne, zusammengestellt aus 20 Berufen. Meist handelt es sich bei der Auswahl um Berufe mit gelerntem Arbeiter, wobei alle in der Statistik vertretenen Gewerbegruppen berücksichtigt wurden. Die Methode, die bei der Ermittlung der Durchschnittssätze an-

gewandt wurde, rechtfertigt die Annahme, daß die Lohnsätze, obgleich sie als unzulänglich gekennzeichnet werden müssen, noch über dem Niveau der allgemeinen Entlohnung liegen. Zum Vergleich haben wir die Durchschnittslöhne der Gemeindearbeiter mit angeführt.

Table with columns: Ort, Durchschnittshöhe des für männliche Arbeiter festgesetzten Stundenlohnes am Ende des Monats (Sch. 21, Dez. 21, März 22, Juni 22, Sept. 22, Sept. 23), and Gemeindearbeiterlöhne (geerntete Aeb.) (Sept. 22, Sept. 23).

Nach der für alle 25 Orte angestellten Durchschnittsberechnung trat die stärkste Erhöhung der Lohnsätze im Laufe des jüngst verfloffenen Vierteljahres ein. Es stieg der Lohn von 23,92 M. Ende Juni auf 73,72 M. im September oder um 208,2 Proz. Bis Ende September 1922 hat sich der Lohn gegen den gleichen Zeitpunkt des Vorjahres um etwas über das 10fache gesteigert. Während sich die Lebenshaltung nach Dr. Kuczynski in der gleichen Zeit in Berlin um das 13fache steigerte. Zu viel sagenden Schlüssen führt schon die Umrechnung der in Papiermark ausgedrückten Lohnhöhe in Goldmark nach dem Dollarstand. Der Durchschnittslohnsatz von 73,72 M. Ende September ergibt umgerechnet in Goldmark nach dem Monatsdurchschnitt des Dollarstandes 21 Pf. Besitzt auch die Papiermark gegenwärtig eine höhere Kaufkraft, als ihr Wertverhältnis zur Goldmark erscheinen läßt, so offenbart sich doch bei der Umrechnung mit erschreckender Deutlichkeit, wie tief der Reallohn des Arbeiters gegen die Vorkriegszeit gesunken ist. Es ist deshalb eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit, wenn die enormen Preissteigerungen auf die hohen Arbeiterlöhne zurückgeführt werden. In Wirklichkeit ist die Ware Arbeitskraft durch die Geldentwertung im Preise schwer herabgedrückt worden.

Kalorisation. Die Bezeichnung „Kalorisation“ umfaßt Verfahren, welche es ermöglichen, Metalle, besonders Eisen, Stahl und Kupfer, gegen Oxydation und Einfluß sehr hoher Temperaturen zu schützen. Es sind eine ganze Anzahl von Rezepten und Vorschlägen bekanntgeworden, so z. B. die Behandlung der betreffenden zu kalorifizierenden Körper mit Wasserdampf und Leuchtgas. Das Verfahren ist nur bei Gegenständen mit kleineren Abmessungen, insbesondere bei Massenteilen, anwendbar. Durch ein amerikanisches Patent ist ein Verfahren geschützt worden, im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß die zu behandelnden Körper bei einer Temperatur von etwa 800 Grad in Gegenwart von Aluminiumoxyd und fein gepulvertem Aluminiumoxyd erhitzt werden. Auch dieses Verfahren hat sich nicht in größerem Umfange in die Praxis eingeführt, weil es sich in der Hauptsache auf kleinere Gegenstände beschränkt. Eine weitere Methode der Kalorisation besteht darin, daß die zu schützenden Werkstücke nach dem Metallspriehverfahren mit einem Aluminiumüberzug von 1/16 bis 1/8 Millimeter Stärke überzogen werden. Die Schutzwirkung wird dabei nach den heute vorliegenden Beobachtungen wesentlich verbessert, wenn die betreffenden Werkstücke kurz vor der Bestrahlung kräftig erhitzt werden. Wieso die Schutzwirkung zustande kommt, ist wissenschaftlich noch nicht zuverlässig geklärt. Als Verwendungsmöglichkeiten des Verfahrens sind zu nennen: Guß- und Stahlstücke aller Art, Kondensationsröhren, Werkstücke von Schmelz- und Gasöfen, beliebige Bestandteile von Apparaten, welche hohen Temperaturen ausgesetzt sind, wie z. B. bei den Apparaturen für Zementierung oder Destillation; ferner Ventile und Kolben für Explosions- oder Dieselmotoren, Radiatoren, Koffstäbe bei Ruffelöfen, Lokomotiven oder Dampfmaschinen, Bestandteile, welche in Kontakt mit Glasflüssen kommen, Schutzröhren für Pyrometer. Endlich mag erwähnt sein, daß Drähte oder Bänder aus Eisen, Stahl oder speziellen Nickellegierungen, wie sie für die Herstellung von elektrischen Widerständen und Defen verwendet werden, bei Anwendung des neuen Verfahrens eine um 80- bis 100mal größere Lebensdauer halten.

Verbandsteil

Das Gausbüreau Magdeburg ist verlegt worden nach Johannisfriedhof 3c pt. Tel.: Nr. 9070.

Eingegangene Schriften und Bücher

(Eine Besprechung der eingegangenen Bücher und Schriften behält sich die Redaktion vor.)

Vormittags-Almanach 1923. Verlag: Vorwärts, Berlin SW. 62. 157,50 M. — Der mit reichem Bildschmuck ausgestattete Almanach das arbeitende Volk erschließt wichtige Momente im Jungsozialismus wertet die Bedeutung der Körperkultur, läßt Sturm gegen die „Kauf“-Moden und entzündet die reine läuternde Flamme der Vegetarier für den Sozialismus. Die Ansätze eines neuen gewerblichen Kunst beschreibt R. Wittich in: „Eine Schau deutscher Arbeit“, Wien (Gewerbeschau). Prof. Frieda Schottmüller behandelt die Kunst als Bildmotiv in der Kunstgeschichte. Der technischen Arbeit ist in der Auffassung „Gigantische Schöpfungen im Bayern“ gedacht. Ein reichhaltiger Inhalt unterhaltenden und lehrreichen Charakters.

Der Achtstundentag. Seine Geschichte und die Erfahrungen mit gesetzlicher Einführung in Deutschland. Von Dr. rer. pol. B. B. Verlag „Volksstimme“, Rattowip. 1922. Preis 60 M. — In diesem wird die Arbeitszeit im allgemeinen und die achtstündige im besonderen geschichtlich behandelt. Die Ursprünge des Achtstundentages und seine Wirkung vom Bergbau auf andere Berufe, die Arbeitszeitgesetze und Ordnungen des In- und Auslandes bis zur Gegenwart werden sorgfältig aufgeführt. Die Erfahrungen mit der verkürzten Arbeitszeit in Deutschland, mit besonderer Berücksichtigung Schwedens und Finnlands, werden zur verkürzten Arbeitszeit, erbringen den Nachweis für Konventionen des Achtstundentages. Auch die steigende Arbeitslosigkeit Deutschlands wird dazu beitragen, daß zur Erzeugung Produktion eine verlängerte Arbeitszeit über acht Stunden nicht wendig ist.

Sonderbericht über die Erhebung über Arbeitslosigkeit. Nach dem Bericht des Direktors auf der vierten Tagung der internationalen Arbeitskonferenz — Genf 1922. Völkerverbund; Internationaler Arbeitsamt, Genf. 58 S. Preis 1 Frank, deutsch 25 M.

Die internationalen Wanderungen und die nächste allgemeine Weltkonferenz. Von Universitätsdozent Dr. Emrich Ferenczi. Sonderabdruck aus „Soziale Praxis“, XXXI, Nr. 22/23. Verlag Gustav Fischer, Jena. 1922.

Die internationale Arbeitsorganisation und ihr Wirken. Von F. Fehlinger. Verlag: Triesterische Verlagbuchhandlung, Leipzig. 1922. 16 S. Preis 15 M. — Nach Inkrafttreten des Arbeitsinanspruchnahmengesetzes ist es von größter Wichtigkeit, daß die Interessenten mit dem Zweck dieses Gesetzes vertraut werden.

Zeitungsfremdwörter und politische Schlagworte. Von Dr. Fritz Berlin. Verlag: J. S. B. Tisch. (Vorwärts-Buchhandlung), Berlin SW. 68. Preis 80 M. — In sieben, stark vermehrter Auflage erschien das Taschenlexikon: „Zeitungsfremdwörter“. Mit umfassendem politischem Verständnis erläutert und verdeutscht Dr. Braun die Fremdwörter sprachlicher Präzise und politischer Schlagworte in einer Weise, die jeder Mann über die Bedeutung der in Zeitungen, Büchern und Verträgen auftauchenden, nicht ohne weiteres verständlichen Wortgebilde unterrichten kann.

Die Stellung der Beamtenchaft im neuen Staat. Von Karl Dell. Nr. 12 S. Verlag: Neuer Staat, Berlin SW 11.

Die Wirtschaftsrätefrage. Der Kulturfonds der Familienwirtschaft. 16 S. Verlag: Thüringer Verlagsgesellschaft, Jena. — Diese Broschüre wurde vom Konsumverein Vera-Deutsches einer Wirtschaftsrätefrage stark beigegeben, auf der Käufern markten aufgestellt werden, die den Kauf, besonders von Wintervorräten erleichtern sollen. Die Broschüre dient der Aufklärung über dieses Edikt.

Der Jahre politischer Nord. Von J. Gumbel. Verlag Neue Gesellschaft (Gesellschaft und Erziehung), Berlin-Nikolaenau. 1922. — Die bekannte Broschüre von J. Gumbel: „Zwei Jahre Nord“ ist in neuer Auflage erschienen. Sie hat eine bedeutende Erweiterung über vier Jahre erfahren und berichtet über 376 Morde. Die erste Erscheinung der Broschüre hat ein bedeutendes Aufsehen erregt, das jetzt durch die Erweiterung bis über vier Jahre, noch vergrößert wird.

Reiner Keilschen der Redefunk. Von Julian Vorhardt. Verlag: G. Laub G. m. b. H. (früher Geobol u. Co.), Berlin G. 44. 1922. Preis 176 M.

Briefkasten

G. Hannover. Berichte von Gauvorkandsbesitzungen können nicht aufgenomen.

Verlag: In Vertretung des Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter B. B. m. a. n. e. r. Verlagsbuchhandlung, Berlin SW. 62. (früher Geobol u. Co., Berlin G. 44. 1922. Preis 176 M.)